

---

# «Das war schon immer so, man hat es bloss nie so deutlich gesagt»

Die Entwicklungshilfe unter Bundesrat Ignazio Cassis diene nur noch Schweizer Interessen, sagen Kritiker. Patricia Danzi, Chefin der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, nimmt Stellung. Und spricht über Afghanistan, die Pandemie und über das Verhandeln mit Frauen.

Ein Interview von [Dennis Bühler](#) und Ariane Lüthi, 06.01.2022

Dichter Nebel liegt an diesem frühen Wintermorgen über dem Europaplatz in Bern. Von hier gehen die Schweizer Bemühungen aus, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Dafür verantwortlich ist Patricia Danzi, seit gut eineinhalb Jahren Chefin der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza).

Was will die 52-Jährige, die von SVP-Nationalrat Roger Köppel in der «Weltwoche» als «faszinierende Frau» mit «unverkrampten Meinungen» gefeiert wurde, aber auch von Vertreterinnen von Entwicklungsorganisationen gute Noten erhält, an der Spitze der Deza bewegen? Ein Gespräch über Sinn und Unsinn von Entwicklungshilfe, die verheerende Lage in Afghanistan, die zu Beginn der Pandemie zu langsam angelaufene globale Verteilung von Impfstoffen – und über ihren Chef Ignazio Cassis.

**Frau Danzi, die westafrikanische Oppositionspolitikerin und Schweiz-Kamerunerin Nathalie Yamb sagte kürzlich in einem Interview mit der Republik: «Staatliche Entwicklungshilfe schadet mehr, als dass sie nützt. Streicht sie! [...] Es sind Tropfen, die uns vor dem Verdursten retten, aber keine Quelle, die uns nährt.» Was entgegnet Sie?**

Diese Aussage ist mir zu plakativ. Man muss differenzieren: Es gibt die weitgehend unumstrittene humanitäre Hilfe, die nach Katastrophen dazu beiträgt, die akute Not der Menschen zu lindern. Es gibt die langfristig angelegte bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, wie sie die Schweiz mit 35-Staaten unterhält. Und es gibt den multilateralen Support der Uno, von weiteren internationalen Organisationen und von Entwicklungsbanken. Hinzu kommt die finanzielle Unterstützung der Diaspora, die im öffentlichen Diskurs oft vergessen wird, obwohl sie die von Staaten und Organisationen bezahlte Summe in vielen Entwicklungsländern weit übertrifft. Ihr Nachteil ist, dass sie nur sehr punktuell einzelnen Menschen zur Verfügung gestellt wird – häufig Verwandten – und so nicht der gesamten Bevölkerung zugutekommt.

**Worauf wollen Sie hinaus?**

Statt staatliche Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich abzulehnen oder bedingungslos zu loben, sollte man die unterschiedlichen Arten von Unterstützung und Partnerschaften in der Gesamtheit prüfen und würdigen.

### **Zu welchem Ergebnis kommen Sie?**

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit fokussiert in der Regel auf einen oder zwei Bereiche, etwa auf Bildung oder Gesundheitsversorgung. Während sie ein Land diesbezüglich voranbringen kann, wird sie kaum als Trampolin dienen können, um es auf die Stufe der Schwellenländer zu katapultieren. Auch die humanitäre Hilfe schafft das nicht, weil sie nicht nachhaltig genug wirkt. Und auch die multilaterale Zusammenarbeit hat ihre Limiten. In der Kombination aber ergibt es sehr viel Sinn, ärmere Staaten nicht sich selbst zu überlassen.



«Corona und Afghanistan zeigen: Wenn es nötig ist, wird unbürokratisch und flexibel entschieden»: Deza-Chefin Patricia Danzi. Christian Beutler/Keystone

---

### **Zur Person**

Patricia Danzi ist die erste Frau an der Spitze der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Sie studierte Geografie sowie Agrar- und Umweltwissenschaften und nahm als Siebenkämpferin 1996 an den Olympischen Sommerspielen in Atlanta teil. Kurz darauf begann sie beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zu arbeiten. Ihr erster Auslandsaufenthalt führte sie ins bosnische Goražde, wo sie als Ein-Frau-Delegation Winterhilfe leistete und half, die zerstörte Wasserversorgung wiederaufzubauen. Drei Jahre später verliess sie Belgrad gemeinsam mit ihrem damals einjährigen Sohn am letzten Tag, bevor die Nato mit der Bombardierung der serbischen Hauptstadt begann. Später war Danzi für das IKRK in Peru, in der Demokratischen Republik Kongo und in Angola tätig. Von 2008 bis 2015 leitete sie von Genf aus die Aktivitäten auf dem amerikanischen Kontinent, danach bis 2020 jene in Afrika. Im Dezember 2019 ernannte sie Aussenminister Ignazio Cassis zur Deza-Chefin, im Mai 2020 trat sie ihr Amt an. Die 52-Jährige ist Mutter von zwei erwachsenen Söhnen und spricht sieben Sprachen fließend.

### **Was braucht es, damit Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich ist?**

Entscheidend sind die Kooperationsbereitschaft und der Veränderungswille der jeweiligen Regierungen. Es ist ein Geben und Nehmen. Die grössten Schwierigkeiten treten dann auf, wenn sich ein korruptes System sträubt, das Wohl der Bevölkerung ins Zentrum zu stellen.

### **Welche Tendenzen nehmen Sie diesbezüglich wahr?**

Überwiegend positive. Zum einen wollen die meisten Regierungen ausländische Investoren anziehen, und diese pochen auch darauf, dass nicht länger gegen Menschenrechte verstossen wird. Im Bestreben, Verbesserungen zu erzielen, kann die Privatwirtschaft deshalb eine Verbündete sein. Zum anderen hilft die Digitalisierung.

### **Inwiefern?**

Erstens ermöglicht sie es den jüngeren Generationen, sich über Staatsgrenzen hinweg zu vernetzen, und bestärkt sie so darin, von ihren Ministern und Parlamentarierinnen Rechenschaft einzufordern – ein erstes Mal eindrücklich zu sehen war dies vor rund zehn Jahren während des Arabischen Frühlings. Zweitens haben korrupte Beamte dank der Digitalisierung seltener Gelegenheit, ihre Macht zu missbrauchen. Lassen Sie mich das mit einem Beispiel veranschaulichen: Wenn eine Bürgerin vor einer Auslandsreise für ihr Visum mittels QR-Code auf ein Konto einzahlen kann, statt einem Funktionär Bargeld zu überreichen, ist das ein verhältnismässig simples, aber sehr effizientes Mittel der Korruptionsbekämpfung.

### **Was kann die Deza sonst tun gegen Korruption?**

Eines unserer Rezepte heisst Dezentralisierung, in diesem Bereich hat die Schweiz sehr viel Erfahrung. Vielfach hören wir von Provinzregierungen, dass sie von der Tausende Kilometer entfernten Landesregierung kaum finanzielle Unterstützung erhalten. Wenn es gelingt, die Provinzen zu stärken und die regionalen und lokalen Politiker mit mehr Verantwortung auszustatten, erleichtert dies der Bevölkerung, versprochene Leistungen einzufordern.

### **Sprechen wir von Afghanistan, wo sich laut der Uno eine der schlimmsten humanitären Katastrophen der Geschichte anbahnt. Einem Land, in dem die Schweiz stark engagiert war – und in dem sich nach der Übernahme der Taliban die Frage stellt: War alles umsonst?**

War es nicht.

### **Was macht Sie da so sicher?**

Ich reiste im vergangenen Juni nach Afghanistan, kurz bevor die Taliban in Sturmeseile vor den Toren Kabuls standen. Bei der Fahrt mit dem Auto durch diese und andere Städte wurden die Fortschritte offensichtlich, wenn man die Infrastruktur mit jener vergleicht, die vor zehn, fünfzehn Jahren vorhanden war. Viel wichtiger aber sind die getätigten Investitionen in die Köpfe: Das Wissen, welches wir Afghaninnen und Afghanen vermittelten, ist nicht verloren. Dieses Know-how liegt nun vielleicht teilweise im Tiefkühler. Aber es ist unzerstörbar. Auch in der Landwirtschaft konnten nachhaltige Verbesserungen erreicht werden.

### **Was ist mit den rund 20 Millionen Franken, welche die Schweiz seit 2015 über einen Fonds der Weltbank an die ehemalige afghanische Regierung zahlte? Man wusste ja schon lange, dass diese sehr korrupt war.**

Wir haben extrem wenig zur Budgethilfe beigetragen. An diesen Fonds gingen maximal 10 bis 15 Prozent unserer jährlichen Beiträge für Afghanistan – obwohl die ehemalige Regierung und die Uno stets mehr wollten. Wir wollten das nicht, weil auch wir von gewissen Anschuldigungen gehört hatten. Wir zogen es vor, mit Organisationen vor Ort zusammenzuarbeiten. Aber wir nehmen dennoch nicht an, dass die Gelder des Fonds direkt in die Taschen von Regierungsmitgliedern flossen. Was unsere Projekte mit Partnern angeht, kontrollieren wir immer so gut und nah dran wie möglich.

### **National- und Ständerat haben Anfang Dezember einen Zusatzkredit bewilligt, sodass rückwirkend für das Jahr 2021 nun 33 Millionen Fran-**

**ken mehr für die humanitäre Hilfe in Afghanistan zur Verfügung stehen. Wie wird dieser Betrag eingesetzt? Die Schweiz ist in Kabul ja gar nicht mehr präsent, seit ihre Mitarbeiterinnen ausgeflogen wurden und das Kooperationsbüro geschlossen wurde.**

Das Kooperationsbüro ist temporär geschlossen. Bisher laufen die meisten Projekte trotzdem weiter. So etwa jenes, das angesichts der regelmässigen Dürren hilft, Regenwasser besser zu nutzen und zu kanalisieren und so auch dem Klimawandel besser zu trotzen. Neben der Landwirtschaft engagiert sich die Schweiz in Afghanistan vor allem im Bildungssektor. Und auch da können unsere Programme mit lokalen Partnern und internationalen Organisationen teilweise weitergeführt werden.

**Erlauben die Taliban den Mädchen denn, die Schule zu besuchen?**

Zumindest in einigen Provinzen. Gerade gestern habe ich Fotos erhalten aus einer von der Schweiz unterstützten Schule. *(Danzi holt ihr Handy hervor und zeigt vier Bilder, auf denen afghanische Kinder und Jugendliche zu sehen sind, die ihren Schulabschluss feiern.)* Die Regeln sind in jeder Provinz anders, abhängig vom jeweiligen von den Taliban ernannten Gouverneur: Einige können lesen und schreiben, andere können das nicht – entsprechend sind sie besser oder weniger gut mit Bildungsprojekten vertraut.

**Was ist für die Deza angesichts der schlimmen Lage in Afghanistan momentan die grösste Herausforderung?**

Dass die Geldflüsse nicht funktionieren. Aktuell gibt es nur zwei Möglichkeiten, Geld nach Afghanistan zu bringen: Entweder trägt man es in Koffern hinein – wie vor 150 Jahren, als man mit der Goldkutsche vorfuhr; oder man setzt auf das traditionelle Transfersystem, in dem ein Mittelsmann vor Ort Geld ausbezahlt und das dann über andere Wege zurückerhält. Doch das geht nicht für grössere Summen.

**Warum ist die fehlende Liquidität ein solch grosses Problem?**

Bis zur Machtübernahme der Taliban floss durch internationale Organisationen und Nato-Truppen Monat für Monat sehr viel Geld nach Afghanistan. Diese Devisen hielten eine grosse Maschinerie am Laufen, dank der Löhne bezahlt werden konnten. Von einem Tag auf den anderen brach dieser Geldfluss in sich zusammen – und so erhalten zurzeit sehr viele Menschen keinen Lohn.

**Mit welchen Folgen?**

Lehrer unterrichten weiter, auch wenn sie einen oder zwei Monate keinen Lohn erhalten. Auch das Gesundheitspersonal arbeitet für eine beschränkte Zeit unentgeltlich weiter. Doch je länger dieser Zustand anhält, umso schwieriger wird es, schliesslich müssen all diese Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten und teilweise grosse Familien ernähren. Um zu verhindern, dass das Gesundheitssystem zusammenbricht, kooperieren wir mit verschiedenen Organisationen wie etwa dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, die zurzeit anstelle des Staats die Löhne zahlen und damit nebenbei sicherstellen, dass weiterhin auch Patientinnen behandelt werden und Frauen ihre Anstellung als Pflegefachpersonen und Ärztinnen nicht verlieren.

**Führt dies nicht zu einer Art Parallelsystem?**

Doch. Dies ist das Dilemma, in dem sich die internationale Gemeinschaft befindet: Den Taliban soll kein Geld, keine Budgethilfe zufließen, gleichzeitig will man den Menschen in Not helfen.

**Auch im Parlament war dies ein wichtiger Punkt. «Der Kommission ist es wichtig, dass diese Gelder nicht in falsche Hände geraten», sagte Mitte-Ständerat Peter Hegglin. Die Verwaltung habe zugesichert, dass kein**

### **Franken in den Taschen der Taliban landen werde.**

Richtig, dazu haben wir uns verpflichtet. Deshalb gehen wir über die internationalen Organisationen. Langfristig ist die Substitution der Regierung allerdings höchstens die zweitbeste Option. Man kann das ein, zwei Jahre so handhaben, aber nachhaltig ist das nicht. Ein Regierungssystem lässt sich nicht über Jahrzehnte parallel führen.

### **Welche Rolle spielen die gegen Afghanistan verhängten Sanktionen?**

Jedes Sanktionsregime hemmt die Geldflüsse. Dieses wurde von den USA nun ein wenig gelockert. Versiegten die Geldflüsse komplett, sähen vermutlich Millionen Afghaninnen und Afghanen über kurz oder lang keine Alternative zur Emigration.

### **Die Deza hat ihre Mitarbeitenden im August aus Afghanistan evakuiert. Waren diese Personen spezifisch gefährdet, weil sie mit der Schweiz zusammengearbeitet hatten?**

Es war völlig ungewiss, wie die Taliban mit Personen umgehen würden, die mit westlichen Staaten kooperiert oder für sie gearbeitet hatten. Unsere lokalen Angestellten fürchteten aufgrund ihrer Erfahrungen mit den Taliban in den Neunzigerjahren, an Leib und Leben bedroht zu sein – und wir konnten das nicht ausschliessen. Jene Taliban, die in Doha mit der internationalen Staatengemeinschaft verhandelten, sagten, sie wüssten, dass die Schweiz neutral sei. Ob das dann aber auch der Strassenkämpfer in Kabul weiss?

### **Sie fürchteten, die Schweiz werde zusammen mit dem Westen in einen Topf geworfen.**

Genau. Es war nicht so, dass unsere Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen entführt und gefoltert worden wären und wir deshalb hätten reagieren müssen. Ziel war es, ein solches Horrorszenario von Anfang an zu verunmöglichen. Allerdings war es nicht am Aussendepartement EDA, Einreisegenehmigungen und Asyl zu erteilen. Das liegt in der Kompetenz des Staatssekretariats für Migration, mit dem das EDA eng zusammengearbeitet hat.

### **Einige evakuierte Afghanen, die jahrelang für die Schweiz gearbeitet haben, äusserten in den Zeitungen von CH Media jüngst heftige Kritik: Die Deza habe sie nach der Evakuierung im Stich gelassen. Nicht nur habe sie niemand am Flughafen Zürich willkommen geheissen, auch habe heute niemand ein offenes Ohr für ihre vielen Fragen und Probleme, die sie in ihrer neuen Heimat belasten. Fühlen Sie sich für diese Menschen nicht verantwortlich?**

Wir sprechen hier von unseren Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir viele sehr emotionale Momente durchlebt haben. Sie sind uns keineswegs egal. Die Sicherheit der Mitarbeitenden ist dem EDA als Arbeitgeber sehr wichtig. Aus diesem Grund ermöglichte die Schweiz den lokalen Angestellten des Kooperationsbüros in Kabul im August eine Evakuierung mit ihren Familienangehörigen und bot ihnen an, in der Schweiz mit einem vereinfachten Asylverfahren Schutz zu erhalten. Alle haben sich zu diesem Schritt entschieden. Die Leiterin unseres Kooperationsbüros hat vor der Evakuierung über die Rahmenbedingungen des Asylverfahrens informiert, welche auch die Auflösung des Arbeitsverhältnisses beinhalten mussten.

### **Was bedeutet das konkret?**

Mit Erhalt des positiven Asylentscheids und Ablauf des Arbeitsverhältnisses gelangen die ehemaligen Mitarbeitenden und ihre Familienangehörigen in die Obhut der kantonalen Behörden respektive der Gemeinden, wo sie die kantonalen Integrationsprogramme durchlaufen. Um die ehemaligen Mitarbeitenden bei Fragen so gut wie möglich unterstützen

zu können, haben wir unsererseits kurz nach Ankunft in der Schweiz eine Chat-Gruppe eröffnet. Es gab von Anfang an viele verschiedene informelle Kontakte und Besuche von Deza-Kolleginnen und -Kollegen.

**Bis heute lebt ein Grossteil der evakuierten afghanischen Mitarbeitenden in teilweise prekären Verhältnissen in kantonalen Asylzentren, etliche haben ihre ausstehenden Löhne noch nicht erhalten, zudem warten sie noch nach Monaten auf ihre Arbeitszeugnisse. Wie kann das sein?**

17 ehemalige Mitarbeitende haben ihre Lohnguthaben erhalten, davon gingen 4 Überweisungen aufgrund einer Lohnabtretung direkt an die zuständigen Behörden. Bei 19 Personen ist die Überweisung noch ausstehend, da dem EDA die Kontoinformationen für die Überweisung noch nicht mitgeteilt wurden. Daran arbeiten wir selbstverständlich. Gleiches gilt für die Arbeitszeugnisse: Die Arbeitsverhältnisse endeten Ende November. Die noch ausstehenden Arbeitszeugnisse werden demnächst finalisiert, die ehemaligen Mitarbeitenden erhalten sie Anfang dieses Jahres. Ich hoffe auch, dass das schon lange geplante Treffen mit den ehemaligen Mitarbeitenden in Bern bald stattfinden kann, nämlich sobald es die Pandemie zulässt.

**Lassen Sie uns über die neue Entwicklungsstrategie der Schweiz sprechen und die Frage, wie Bundesrat Ignazio Cassis diese prägt.**

Gerne.

**Kritikerinnen monieren, die Schweiz helfe je länger, desto weniger selbstlos, sondern sehe in der Entwicklungszusammenarbeit eine Möglichkeit, eigene Interessen durchzusetzen.**

Das trifft nicht zu. Die Schweiz ist keine Weltmacht und verfolgt keine geopolitischen Ambitionen.

**Sie machen auf Understatement. Um bloss ein Beispiel zu nennen: Die Schweiz will im kommenden Juni von der Uno-Generalversammlung in den Sicherheitsrat gewählt werden.**

Das ist kein Understatement. Ja, die Schweiz kandidiert für den Uno-Sicherheitsrat, doch wäre unser Engagement alles andere als egoistisch: Ein Sitz in diesem wichtigen Gremium lässt sich auch nutzen, um Armut zu bekämpfen und Friedensbemühungen ernsthaft voranzutreiben.

**Die neue Entwicklungsstrategie der Schweiz besagt, dass sie sich dort engagiert, wo sie die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort stillen und einen Mehrwert bieten kann – aber eben auch nur dann, wenn dies den Interessen der Schweiz entspricht.**

Das war schon immer so, man hat es bloss nie so deutlich gesagt.

**Die Migration wird aber jetzt viel stärker betont. Mit welchen Staaten die Schweiz ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen hat oder eines abschliessen will, spielt für Ihre Arbeit keine Rolle?**

Nein, auch wenn ich dieses Missverständnis immer wieder höre. Lassen Sie es mich deshalb noch einmal klipp und klar sagen: Unsere Entwicklungszusammenarbeit erfolgt unabhängig von der Bereitschaft von Staaten, Rückübernahmeabkommen abzuschliessen. Im Übrigen lässt sich das nur schon an unseren Schwerpunktländern ablesen – es sind nicht unbedingt jene, aus denen die grössten Migrationsbewegungen in die Schweiz zu verzeichnen sind.

**Der kürzlich zum Bundespräsidenten gewählte Aussenminister Ignazio Cassis musste viel Kritik einstecken, weil seine Amtsführung einige Beobachter an die Devise «Switzerland first» erinnerte.**

Die Schweiz verfolgt unter ihm keinen grundlegend anderen Kurs als unter seinen Vorgängern.

**Sie sagen also, Cassis habe die Ausrichtung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gar nicht verändert?**

Er hat die Akzente anders gesetzt. So fokussieren wir neuerdings stärker auf Staaten in unserer Nachbarschaft, vor allem solche im Mittleren Osten und in Afrika, während wir uns aus Lateinamerika zurückziehen. Zudem ist Bundesrat Cassis wichtig, dass wir diese neuen Akzente auch in der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor setzen. In vielen unserer Partnerländer ist dieser für 9 von 10 Arbeitsplätzen verantwortlich.

**Auch dafür ist Cassis harsch kritisiert worden.**

Trotzdem ist der eingeschlagene Weg der richtige. Erstens ist er nicht neu – die Deza arbeitete schon vor 60 Jahren mit dem Privatsektor zusammen, wenn auch vor allem in Mikroinitiativen mit kleinen Unternehmen. Und zweitens ist Bundesrat Cassis nicht der Einzige, der den Wert des Privatsektors für die Entwicklungszusammenarbeit erkannt hat. Auch die Uno setzt auf Partnerschaften mit privaten Unternehmen, um die in der Agenda 2030 definierten Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

**In mehreren Interviews sagten Sie, es falle Ihnen schwerer, mit Frauen zu verhandeln, weil Männer Ihnen oft galant und nicht so hart gegenüberträten. Wie ist das bei Bundesrat Cassis?**

Ich sprach von anderen Konstellationen: Wie schon beim IKRK arbeite ich auch bei der Deza oft in Konflikt- oder Kriegsgebieten, in denen Männer an der Macht sind. Wenn ich dann doch einmal mit Frauen verhandle, spüre ich einen Unterschied. Ohne generalisieren zu wollen: Frauen sind meist besser vorbereitet, und sie gehen anders an die Sache heran – sie wollen die Probleme nicht bloss aus dem Weg räumen, sie wollen ihnen auf den Grund gehen.

**Und wie ist das bei Verhandlungen mit Ihrem Chef Cassis?**

Mit ihm muss ich nicht verhandeln. Wir diskutieren. Ich beleuchte die verschiedenen Aspekte des Departements aus der Sicht der Entwicklungspolitik.

**Sind Sie oft unterschiedlicher Meinung?**

Bundesrat Cassis ist ein guter Zuhörer und zeigt grosses Interesse an der Entwicklungszusammenarbeit.

**Deza-Vizedirektor Christian Frutiger, der zuvor bei Nestlé gearbeitet hatte, sagte in der NZZ und im «Blick», der Wechsel sei für ihn ein «kleinerer Kulturschock» gewesen – die Prozesse seien bei der Deza etwas schwerfälliger, als er es gewohnt gewesen sei. Wie war es für Sie?**

Für mich war es kein Kulturschock. Ich nahm meine neue Aufgabe am 1. Mai 2020 in Angriff – inmitten der Pandemie. In dieser weltweiten Krisensituation schaltete die Politik in den fünften Gang: Im Jahr 2020 sprach der Bundesrat einen Nachtragskredit über 400 Millionen Franken, 2021 über 300 Millionen – und gleichzeitig wurde die neue Strategie für die internationale Zusammenarbeit beraten und angenommen. Die Bereitschaft, rasch und konsequent zu handeln, hat mich positiv überrascht. Auch im Zusammenhang mit Afghanistan – wenn es nötig ist, wird unbürokratisch und flexibel entschieden.

**Auch wenn die Pandemie gewisse Prozesse der Entwicklungszusammenarbeit dynamisiert hat, ist die Impfquote in Afrika und einigen anderen Erdteilen nach wie vor sehr tief – mit der Konsequenz, dass sich vor einem Jahr in Indien die Delta-Mutation entwickelte und**

**vor eineinhalb Monaten im südlichen Afrika die Omikron-Variante. Hat die Schweiz die Prioritäten falsch gesetzt, indem sie zuerst die eigenen Bürger ein zweites und ein drittes Mal impfte, bevor sie dort tätig wurde, wo Menschen unter anderen hygienischen Bedingungen leben?**

Aus heutiger Sicht Kritik zu üben an den Massnahmen, die in einer ersten, ungewissen Phase getroffen wurden, wäre anmassend. Als sich Covid-19 im Frühjahr 2020 unaufhaltsam ausbreitete, hatten alle Angst – nicht zuletzt vor der Ungewissheit, wie sich die Pandemie entwickeln würde. Ich kann nachvollziehen, dass zunächst jedes Land für sich schaute, aus innenpolitischen Gründen. Es ist wie in einem Flugzeug, wenn es zu Turbulenzen kommt: Man zieht die Sauerstoffmaske zuerst selbst an und hilft erst dann den anderen. Das muss man akzeptieren.

**Letzte Frage: Die Deza steckt mitten in einer grossen Reorganisation. Droht sie an Relevanz zu verlieren, weil sie sich je länger, desto mehr innenpolitischen Prioritäten unterordnen muss?**

Die globalen Entwicklungsthemen – wie Klimawandel oder Gesundheit – verschwinden nicht, sondern werden von Jahr zu Jahr bedeutender. Das spiegelt sich auch in der Agenda 2030. Dafür wollen und müssen wir uns als Deza noch besser aufstellen. Während der Reorganisation fragen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie sie persönlich betroffen sind – so ein Wandel führt immer und überall zu Unruhe. Die Deza ist da keine Ausnahme. Doch die Reorganisation ist nötig: Wir wollen unsere Prozesse verschlanken, um bereit zu sein für die Veränderungen, die in der Welt stattfinden. Und zur Frage der Relevanz: Wenn Sie schauen, welche Themen und Länder im Uno-Sicherheitsrat zur Sprache kommen, dann sind das zu einem grossen Teil jene, in denen die Deza aktiv ist. Weil wir Themen bearbeiten, die für die Schweiz wichtig sind, erhalten wir innerhalb der Bundesverwaltung auch Gehör.

---

### Zur Co-Autorin

Ariane Lüthi studierte in Genf internationale Beziehungen. Von 2010 bis 2015 arbeitete sie als Menschenrechtsspezialistin bei der Zementfirma Holcim, bevor sie in den diplomatischen Dienst wechselte und für die Schweiz in Teheran und in der Sicherheitspolitik tätig war. Heute arbeitet sie als Journalistin in Zürich. Für die Republik schrieb sie im Herbst 2020 einen dreiteiligen [Report zur Konzernverantwortungsinitiative](#) und führte im Sommer 2021 ein [Interview mit einem jungen, desillusionierten Iraner](#).